



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: SPD-Fraktion Datum: 23.05.2024	Antrag	2024/146
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2024 zum Thema "23. Mai: Räte gegen Rechtsextremismus - Aktionstag, Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien im Landkreis Lüneburg stellen sich öffentlich gemeinsam gegen Rechtsextremismus in ihren Gemeinden"

Produkt/e:

111-110 Büro des Landrats

Beratungsfolge

Status Datum Gremium

N 03.06.2024 Kreisausschuss

Ö 06.06.2024 Kreistag

Anlage/n: Originalantrag

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Der Kreistag beschließt: Der 23. Mai, Jahrestag der Deutschen Verfassung, wird ab 2025 im Landkreis Lüneburg zum Aktionstag der Räte in Samtgemeinden, Gemeinden, Hansestadt und Landkreis gegen Rechtsextremismus.

Sachlage:

Demokratie ist keine abstrakte Staatsform. Demokratie ist konkrete politische Praxis in jeder Kommune unseres Landkreises. Menschen wie du und ich, gewählte Vertreterinnen und Vertreter aus der Mitte der Gesellschaft, bringen sich ehrenamtlich dafür ein.

Wir Kommunalpolitikerinnen und -politiker müssen sichtbarer werden, nicht nur zu Wahlen im Straßenbild erscheinen. Unsere Räte sind die Grundfeste der Demokratie. Wer unsrer Arbeit für belanglos erklärt, wer uns öffentlich beschimpft, gar Gewalt gegen uns ausübt, greift die Demokratie an, tritt unsere freiheit-demokratische Verfassung mit Füßen.

Zeigen wir uns und unsere demokratische Überzeugung öffentlich, alle zusammen in einem überparteilichen Demokratie-Bündnis Lüneburg. Folgen wir Beispielen wie Nordhausen (Thüringen). Laden wir soziale Institutionen, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie alle Organisationen, die sich ausdrücklich zu Demokratie und Verfassung bekennen, ein, mit uns einen Tag gegen rechtsextreme

Anfeindung zu organisieren. Für organisatorische Hilfe zur Koordination und Durchführung steht der Beauftragte gegen Rechtsextremismus zur Verfügung. „Nie wieder ist jetzt“.

SPD-Fraktion
Auf dem Meere 14/15
21335 Lüneburg

Landkreis Lüneburg
Herrn Landrat Jens Böther
Auf dem Michaeliskloster 4
21310 Lüneburg

Lüneburg, den 22. Mai 2024

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 6. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Landrat Böther,

zur o.a. Sitzung des Kreistages stellen die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

23. Mai: Räte gegen Rechtsextremismus - Aktionstag Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien im Landkreis Lüneburg stellen sich öffentlich gemeinsam gegen Rechtsextremismus in ihren Gemeinden

Der Kreistag beschließt: Der 23. Mai, Jahrestag der Deutschen Verfassung, wird ab 2025 im Landkreis Lüneburg zum Aktionstag der Räte in Samtgemeinden, Gemeinden, Hansestadt und Landkreis gegen Rechtsextremismus.

Begründung:

Demokratie ist keine abstrakte Staatsform. Demokratie ist konkrete politische Praxis in jeder Kommune unseres Landkreises. Menschen wie du und ich, gewählte Vertreterinnen und Vertreter aus der Mitte der Gesellschaft, bringen sich ehrenamtlich dafür ein.

Wir Kommunalpolitikerinnen und -politiker müssen sichtbar werden, nicht nur zu Wahlen im Straßenbild erscheinen. Unsere Räte sind die Grundfeste der Demokratie. Wer unsrer Arbeit für belanglos erklärt, wer uns öffentlich beschimpft, gar Gewalt gegen uns ausübt, greift die Demokratie an, tritt unsere freiheit-demokratische Verfassung mit Füßen.

Zeigen wir uns und unsere demokratische Überzeugung öffentlich, alle zusammen in einem überparteilichen Demokratie-Bündnis Lüneburg. Folgen wir Beispielen wie Nordhausen (Thüringen). Laden wir soziale Institutionen, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie alle Organisationen, die sich ausdrücklich zu Demokratie und Verfassung bekennen, ein, mit uns einen Tag gegen rechtsextreme Anfeindung zu organisieren. Für organisatorische Hilfe zur Koordination und Durchführung steht der Beauftragte gegen Rechtsextremismus zur Verfügung. „Nie wieder ist jetzt“.

Mit freundlichen Grüßen



Franz-Josef Kamp
SPD Fraktionsvorsitzender